

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Auch an diesem 31. Oktober erinnern wir an Martin Luther, der mit seinen heute berühmten 95 Thesen die Kirche – wie der Name des heutigen Tages schon sagt – reformieren, nicht aber spalten wollte. In jedem Fall änderte er damit den Verlauf der Geschichte des Christentums und letztlich unseres europäischen Kontinents. Auch deshalb erinnere ich gemeinsam mit allen evangelischen Christen heute als katholische Christin gerne an diese für uns alle so prägende Person.



In der letzten Woche wurden bereits andere Erinnerungen wach – und zwar an meine Zeit als Bundestagsabgeordnete –, als mich eine Meldung von unserem Landesvorsitzenden Roger Lewentz erreichte, die sich mit dem Bahnlärm auf der Mittelrheinstraße beschäftigt. Gegen diesen Lärm ich als Abgeordnete des Deutschen Bundestages über 12 Jahre gekämpft. Noch immer gibt es hier keinen Fortschritt – weder was die Flüsterbremsen, noch eine alternative Trasse angeht. Lest in dieser „Wahlkreispost“ mehr dazu!

Positive Nachrichten gibt es diesmal aus Berlin: Die SPD hat hier in der schwarz-roten Bundesregierung einen weiteren Fortschritt für mehr soziale Gerechtigkeit errungen: Leiharbeit und Werkverträge werden endlich eingedämmt. Ein Dank dafür geht an Andrea Nahles! Ich bin nun gespannt, welches Konzept sie für eine zukunftsfähige und generationengerechte gesetzliche Rente vorlegen wird.

Außerdem in der heutigen Ausgabe der „Wahlkreispost“: Ein Update zur Integrationspolitik im Land von unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Integrationsministerin Anne Spiegel, sowie ein weiterer „Geldsegen“ für den Wahlkreis aus der Landeshauptstadt.

Damit schicke ich euch gerne in die neue Woche – alles Gute!
Eure Sabine

„VÖLLIG INAKZEPTABLE VERZÖGERUNGEN!“

Lewentz kritisiert fehlende Flüsterbremsen an Güterzügen

Medienberichten zufolge verfehlt die Bundesregierung deutlich das Ziel, bis Ende des Jahres 2016 die Hälfte aller Güterzüge in Deutschland auf „Flüsterbremsen“ umrüsten zu lassen. Derzeit verfügen lediglich rund 25 Prozent der Güterwagen über diese Bremsen.

„Die massiven Verzögerungen bei der Umrüstung der Güterzüge auf Flüsterbremsen sind absolut inakzeptabel“, erklärt dazu der rheinland-pfälzische SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz, MdL. „Ich selbst lebe im Mittelrheintal und weiß sehr gut, wie die Anwohnerinnen und Anwohner unter dem Lärm der tagtäglich durch das Tal donnernden Züge leiden. Den fahrlässigen Umgang mit der Gesundheit dieser Menschen können wir nicht hinnehmen. Da sich bisher zu wenig bewegt hat, muss jetzt konkret über strengere Maßnahmen und Sanktionen wie Fahrverbote und Tempolimits für laute Güterwagen beraten und entsprechende Gesetze beschlossen werden. Zudem muss der Bund für laute Züge die Gebühren für die Schienennutzung deutlich anheben.“



Gleichzeitig müsse eine alternative Schienentrasse vorangebracht werden, so Lewentz weiter: „Die Gesundheit und die Lebensqualität der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat für uns oberste Priorität. Dauerhaft ist dieses Anliegen mit dem heftigen Zuglärm im Mittelrheintal und auch mit dessen Weltebestatus unvereinbar. Deshalb ist der Bund in der Pflicht, ernsthaft an Planungen für die Alternativtrasse für die Güterzüge zu arbeiten. Hierzu gehört als erste Maßnahme, dass Herr Minister Dobrindt (CSU) doch noch dafür sorgt, die Alternativtrasse in den vordringlichen Bedarf des neuen Bundesverkehrswegeplans aufzunehmen.“

KEIN MISSBRAUCH MEHR BEI LEIHARBEIT

Bundestag setzt Leiharbeit und Werkvertrag klare Grenzen

Der Bundestag hat klare Regeln gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen beschlossen. Klare Regeln, die CDU/CSU und Arbeitgeber lange Zeit blockierten. Dies ist ein weiterer gemeinsamer Erfolg von SPD und Gewerkschaften.

„Wir wollen verhindern, dass Leiharbeit und Werkverträge missbraucht werden, um Druck auf Beschäftigte, Löhne und Arbeitsbedingungen zu machen. Daher führen wir die Leiharbeit auf ihre Kernfunktion zurück und schieben dem Missbrauch von Werkverträgen einen Riegel vor“, sagte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Fairer Lohn für gute Arbeit – das sei das Ziel.

Künftig gelten klare Regeln im Kampf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen. Die wichtigsten Maßnahmen haben wir hier im Überblick:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit nach neun Monaten:**
Leiharbeitsbeschäftigte müssen künftig bereits nach neun Monaten genauso bezahlt werden wie die Stammebelegschaft. Davon darf nur abgewichen werden, wenn sich die Tarifpartner einig sind.
- **Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten, um missbräuchliche Leiharbeit als Dauerzustand zu verhindern.** Danach müssen Leiharbeitsbeschäftigte im Einsatzbetrieb übernommen werden. Auch hier gilt: Ausnahmen sind nur möglich, wenn es die Tarifpartner gemeinsam vereinbaren.
- **Keine Streikbrecher mehr.** Das Gesetz macht mit dem Missstand Schluss, dass Unternehmen Leiharbeitsbeschäftigte gezielt als Streikbrecher einsetzen, um damit Tarifverhandlungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Beschäftigte in der Leiharbeit dürfen künftig nicht mehr für Arbeiten eingesetzt werden, die von einem Streikenden gemacht wurden.
- **Klare Regeln für Werkverträge, mehr Rechte für Betriebsräte.** Klare Festlegung, was ein echter Werkvertrag ist – und was schlicht illegale Leiharbeit. Und: mehr Informationsrechte für Betriebsräte.

Mit Hilfe von Leiharbeit und Werkverträgen können Unternehmen Auftragsspitzen bewältigen oder Personalausfälle überbrücken. Aber immer öfter werden Leiharbeit und Werkverträge missbraucht, um die Stammbesetzung gegen niedriger bezahlte Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter auszutauschen oder Teile der Produktion oder Dienstleistung fremd zu vergeben.



Der Missbrauch ist dabei nicht auf einzelne Branchen begrenzt. Zwar haben Teile der Fleischindustrie sich in der Vergangenheit hier einen besonders schlechten Ruf erworben, doch Missbrauch ist auch in anderen Bereichen zu finden – ob im Handel, in Wäschereien oder in Möbellagern. Es gibt Fälle, da werden ganze Nachtschichten durch Werkvertragsarbeiterinnen und -arbeiter ersetzt. Mit diesem Lohndumping führen Unternehmen eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in den Betrieben ein.

„Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass Arbeit durch Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen entwertet wird. Mit dem Gesetz schieben wir dem einen Riegel vor“, sagte Nahles.

INTEGRATION IST GEMEINSCHAFTSAUFGABE

Dreyer/Spiegel: „Land und Kommunen arbeiten zusammen“

„Die nachhaltige Integration der Flüchtlinge, die dauerhaft bei uns leben werden, steht nun im Mittelpunkt der gemeinsamen Anstrengungen von Land und Kommunen“ unterstrichen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Integrationsministerin Anne Spiegel anlässlich der vierten Sitzung der Kommunalen Flüchtlingsrunde, die in der Staatskanzlei in Mainz tagte. Nachdem die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in den vergangenen eineinhalb Jahren im Schulterschluss von Kommunen und Land gut gelungen sei, brauche es nun einen langen Atem, um die Integration gemeinsam zu gestalten.



„Die Kommunen können sich darauf verlassen, dass die Landesregierung auch beim Thema Integration auf einen engen Austausch und eine intensive Zusammenarbeit setzt - die regelmäßigen Treffen in der Kommunalen Flüchtlingsrunde sind ein Ausdruck davon. Die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft ist die Grundlage für den Zusammenhalt in unserem Land. Ich bin überzeugt, dass dies gelingen kann, wenn die Menschen, die zu uns kommen, ihren Beitrag leisten und wenn sich gleichzeitig die aufnehmende Gesellschaft öffnet und den Flüchtlingen dabei hilft“, so die Ministerpräsidentin. Eine gute Integration in Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt liege ihr dabei besonders am Herzen. Sie freue sich deshalb über die Vereinbarungen am "Ovalen Tisch" vor allem zum Projekt "Chancengarantie".

Aus Sicht von Ministerpräsidentin Malu Dreyer gehören unter anderem die Teilhabe am Arbeitsmarkt und die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt selbst tragen zu können, zu zentralen Voraussetzungen für eine gelingende Integration. Daher war Rheinland-Pfalz eines der ersten Bundesländer, die sich für die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmarktintegration eingesetzt haben.

Integrationsministerin Anne Spiegel bedankte sich bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der Landkreise und der kreisfreien Städte für die geleistete Arbeit bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge. Vor allem eine frühzeitige Förderung der Sprachkompetenzen von Flüchtlingen gehöre zu den notwendigen Maßnahmen für eine gelingende Integration, stellte Ministerin Spiegel fest. Sie forderte den Bund auf, endlich mehr Sprach- und Integrationskurse anzubieten. Das Land fördere selbst auch die Integration durch Sprachkurse, die Verbesserung der psychosozialen Beratung und durch verschiedene Ehrenamts- und Integrationsprojekte.



„Der Großteil der Asylsuchenden erhält einen Schutzstatus und bleibt hier. Daher ist die Integration von Flüchtlingen für die kommenden Jahre weiterhin die zentrale Aufgabe in der Integrationspolitik. Ich freue mich sehr über die gute Zusammenarbeit mit den Kommunen in den vergangenen Monaten. Die Kommunen sind bedeutende Partner der Landesregierung bei der Gestaltung einer humanen Flüchtlingspolitik.“

MEIN TIPP ZUM KLICKEN: UNSERE FLÜCHTLINGSPOLITIK IM NETZ!

Die Hochphase der Flüchtlingskrise ist inzwischen vorüber und bei uns in Rheinland-Pfalz verlief die Unterbringung der Geflüchteten nahezu reibungslos. Auch in der Integration der Menschen, die eine Perspektive haben, bei uns zu bleiben, haben wir in Deutschland die allerersten Schritte gemacht und sind seitdem ein gutes Stück auf diesem Weg vorangekommen. Wer sich über die Flüchtlingspolitik bei uns in Rheinland-Pfalz noch einmal ein wirklich umfassendes Bild machen möchte, kann dies gerne unter www.refugees.rlp.de tun!

EIN GELDSEGEN FÜR DIE VG RENNEROD

Land fördert viele Maßnahmen in der „Wäller“ VG

Einmal mehr schickt sich das Land Rheinland-Pfalz an, verschiedene Maßnahmen in der VG Rennerod großzügig zu bezuschussen. Zum einen wird in der Ortsgemeinde Irmtraut die energetische Sanierung der Turn- und Mehrzweckhalle mit 213.570 Euro gefördert, zum anderen die Optimierung der Phosphatfällung in der Kläranlage Neustadt/Niederroßbach mit einer Zuweisung von 20.000 Euro und einem Darlehen in gleicher Höhe. Dies ergab nun eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) bei den zuständigen rheinland-pfälzischen Ministerien.



„Ich freue mich sehr, dass das Land bei der Sanierung der Turn- und Mehrzweckhalle in Irmtraut sogar 90 Prozent der förderfähigen Kosten trägt. Das bedeutet für den kommunalen Haushalt eine wirklich große Entlastung“, so Bätzing-Lichtenthäler. Erst kürzlich hatte die Stadt Rennerod Zuwendungen aus dem „K o m m u n a l e n Investitionsprogramm 3.0“ erhalten, über das nun die Hallensanierung in Irmtraut gefördert wird. Dieser „Geldsegen“ durch das Land setzt sich nun fort.

„Die Optimierung der Phosphatfällung in der Kläranlage Neustadt/Niederroßbach ist vielleicht eine weniger öffentliche, dafür eine ebenso wichtige Angelegenheit“, unterstreicht die Politikerin. „Auch hier verschafft die Förderung durch Landesmittel der Kommune finanzielle Spielräume, die für andere Gebieten des öffentlichen Lebens genutzt werden können.“